



Im Gespräch mit Ferdinand Munk,
Geschäftsführer der MUNK GmbH aus
Günzburg (s. S. 3)

Liebe Leserinnen und Leser,

die gestrige Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag war weniger eine Erklärung seiner Politik als ein Ablenken und Ausweichen. Wieder einmal blieb er konkrete Antworten schuldig. Dies hat sich insbesondere beim Thema Finanzen gezeigt. Weder hat er erklärt, wie es mit dem angekündigten, ins Stocken geratenen Sondervermögen der Bundeswehr weitergeht. Noch hat er ein Wort darüber verloren, wie er sich den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg vorstellt. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kommt es jedenfalls nicht in Frage, die EU zur Schuldenunion zu machen.

Das Bild, das der Bundeskanzler gestern abgegeben hat, passt zum bisherigen Schlingerkurs der Ampel in ihrer Finanzpolitik: Bundesfinanzminister Lindner kündigt an, die Schuldenbremse ab 2023 uneingeschränkt einzuhalten – und vertritt zugleich eine bis dato nie dagewesene Neuverschuldung. Teile der Ampel fordern zusätzlich die Abschaffung oder weitere Aussetzung der Schuldenbremse. Ähnliche Widersprüche zeigen sich auch in der Steuerpolitik: Während der Bundesfinanzminister Steuersenkungen fordert, lehnen seine Koalitionspartner dies ab.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für eine Rückkehr zu finanzpolitischer Solidität ein. Was wir brauchen, ist eine Politik der Entlastung, die alle erreicht und uns gleichzeitig aus der Krise steuert, indem sie einen Rahmen setzt für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Union kämpft für den Traum vom Eigenheim
Sofortprogramm für Unternehmen!
30 Millionen Euro für Schulen und Kitas in Hochfranken

2
3
4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Union kämpft für den Traum vom Eigenheim

Eigentumserwerb ist Ausdruck von Selbstverwirklichung und gelebter Freiheit. Er dient der Altersvorsorge und muss auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien möglich sein. Leider machen es aktuell hohe Baukosten und ein unklarer Kurs der Bundesregierung bei Fördermaßnahmen und Anforderungen an die Energieeffizienz den Menschen schwer, den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen.

Die Bundesregierung muss jetzt für Planungs- und Investitionssicherheit für Bauherren sorgen, indem sie:

- den Ländern ermöglicht, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro für Erwachsene und 150.000 Euro pro Kind einzuführen;
- die Bereitstellung des Baukindergelds für bereits genehmigte Bauvorhaben sicherstellt, um Familien nicht eine wesentliche Grundlage der Finanzierung ihres Wohneigentums zu entziehen;
- den altersgerechten Umbau von Wohnungen weiter fördert, damit Menschen möglichst lange in ihren angestammten vier Wänden bleiben können;
- der Baukostenexplosion entgegenwirkt durch die Senkung kostentreibender baulicher und genehmigungsrechtlicher Anforderungen und durch die Prüfung steuerlicher Entlastungen.

Mit dem plötzlichen KfW-Förderstopp und der halbherzigen Neuauflage hat die Bundesregierung das Vertrauen unzähliger Bauherren erschüttert. Die Bundesregierung muss handeln und kostentreibende Vorschriften, entschlacken, Genehmigungsverfahren beschleunigen und auch konkrete Entlastungen erreichen. Was die Bundesregierung bisher abgeliefert hat, war das Gegenteil von Verlässlichkeit und hat viele Träume platzen lassen.



© pixabay / Matthias Wewering



Sofortprogramm für Unternehmen!

Erst die Pandemie, dann der Ukraine-Krieg – die globalen Lieferketten sind ins Stocken geraten. Für viele Betriebe sind die resultierenden Engpässe existenzgefährdend. Wie sie damit umgehen können und was die Politik tun muss, war am Mittwoch Thema der konstituierenden Sitzung des politischen Beirats des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW), dem ich erneut angehöre.

Inhaltlicher Impulsgeber aus der unternehmerischen Praxis an diesem Mittwochnachmittag war Ferdinand Munk, Geschäftsführer der MUNK GmbH und langjähriger CSU-Kommunalpolitiker aus Günzburg.

Die Ampel ist jetzt in der Pflicht. Wir brauchen ein Sofortprogramm, das die richtigen Rahmenbedingungen für Unternehmen setzt. Dazu gehören neben erheblichen Planungsbeschleunigungen vor allem eine Entlastung von Steuern und Abgaben sowie leistungsfähige Infrastrukturen. Darüber hinaus müssen die Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung stärker unterstützt werden. Die Digitalisierung ist voranzutreiben sowie die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft zu stärken.



30 Millionen Euro für Schulen und Kitas in Hochfranken

In dieser Woche hat das Bayerische Finanzministerium bekanntgegeben, dass der Freistaat Bayern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs kommunale Hochbaumaßnahmen an Schulen und Kindertageseinrichtungen in Hochfranken mit Zuweisungen von über 30 Millionen Euro fördert.

Bildung bleibt die wichtigste Investition in die Zukunft unserer Kinder. Daher sind der Bau und der Erhalt unserer Bildungs- und Betreuungseinrichtungen von enormer Bedeutung. Mit den Zuwendungen zeigt der Freistaat, dass er auch hier ein verlässlicher Partner an der Seite unserer Gemeinden und Landkreise ist.

Insgesamt stehen für den kommunalen Hochbau in diesem Jahr über 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Davon stammen 650 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich. 360 Mio. Euro kommen aus dem Corona-Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats Bayern. Dies stärkt die Liquidität der Kommunen und sorgt dafür, dass diese die Auswirkungen der Corona-Krise schneller bewältigen und weiterhin auf hohem Niveau in ihren Schulen und Kindertageseinrichtungen investieren können.

Mit den verfügbaren Mitteln kann der für dieses Jahr gemeldete Bedarf in Bayern nahezu vollständig gedeckt werden. Der Großteil des gemeldeten Fördermittelbedarfs wird mit Ausgabemitteln bedient. Der Rest wird über die im Staatshaushalt ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen abgedeckt, die eine Auszahlung bereits Anfang des nächsten Jahres ermöglichen.



Wunsiedler Wasserstofftage in der Fichtelgebirgshalle vom 30. Juni bis 1. Juli 2022

Wasserstoff ist auf dem besten Weg, zur Schlüsseltechnologie für eine schnelle und nachhaltige Energie- und Verkehrswende zu werden. In Wunsiedel hat man das früh erkannt und ist dabei, den bundesweit größten Elektrolyseur zu errichten. Ziel ist es, die vor Ort erzeugte Energie auch vor Ort zu nutzen und dabei die Weichen zu legen für die Dekarbonisierung von Verkehr und Industrie.

Der „WUNSiedler Weg – Energie“ und die Rolle von Wasserstoff für die dezentrale Energieversorgung, aber auch als industriepolitische Chance werden die zentralen Themen der ersten Wunsiedler Wasserstofftage vom 30. Juni bis 1. Juli 2022 sein. Das Programm beinhaltet interessante Vorträge sowie Diskussionsrunden zur Wasserstoffwirtschaft auf globaler und lokaler Ebene. Mit dabei sind u.a. die Wirtschaftsweiserin **Prof. Dr. Veronika Grimm**, die Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung **Dr. Werner Schnappauf**, sowie der Innovationsbeauftragte der Bundesregierung für „Grünen Wasserstoff“ **Dr. Stefan Kaufmann**. Selbstverständlich nehmen auch die Akteure vor Ort teil, die ihre Erfahrungen und Expertise darstellen und zusätzlich im Rahmen einer Ausstellung ihre Aktivitäten im Bereich Wasserstoff zeigen.

Die Teilnahme steht jedem offen und ist kostenfrei.

Mehr **Informationen** sowie die Möglichkeit zur **Anmeldung** erhalten Sie auf folgender Seite:

➔ <https://wasserstoff-modellregion-fichtelgebirge.de/>

**Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen
bei den ersten Wunsiedler Wasserstofftagen!**

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,
Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat